

Seilschaftswissenschaftler die lautere wissenschaftliche Wahrheit auf den Tisch legen und uns nicht Honig um die Backen schmieren. Auf diesem Gebiet steht uns eine große Remedur bevor, durch die alles beseitigt werden muß, was eine schöpferische wissenschaftliche Arbeit behindert hat: Tabus für »heikle« Themen, Verweigerung des Zugangs zu Daten und Fakten, Beerdigung von Forschungsergebnissen in Panzerschränken usw.

Wir müssen uns eines klarmachen: Gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnis und politische Entscheidung haben viel miteinander zu tun, kommen ohne einander nicht aus, sind aber unterschiedliche Angelpunkte im Leben der Gesellschaft. Die Gesellschaftswissenschaft soll durch empirische Analysen und theoretische Verallgemeinerungen, durch Vorschläge im politischen Entscheidungsprozeß mitwirken, sie soll die Folgen politischer Entscheidungen erforschen und *nicht* hauptsächlich die bereits ohne sie oder gar gegen ihre Einwände getroffenen politischen Entscheidungen wissenschaftlich legitimieren. Nicht jeder Parteibeschuß, auch wenn er völlig richtig ist, stellt gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnis dar. Meist ist er von höchst praktischen Erwägungen diktiert. Schon deshalb können Beschlüsse keine Verbotstafeln für gesellschaftswissenschaftliche Arbeit sein. Ich bin mit der entsprechenden Passage im Referat von Genossen Krenz voll einverstanden.

Wir Parteifunktionäre müssen ein neues Verhältnis zu den Gesellschaftswissenschaftlern finden, das auf der Achtung ihrer Kompetenz und auf der Bereitschaft beruht, sie als Partner anzunehmen, auch wenn wir anderer Meinung sind. Andere Meinungen, kritische Alternativen müssen als produktive Elemente im geistigen Leben anerkannt werden. Und kein Politiker darf sich mehr einbilden, er sei kraft seines Amtes und des damit verbundenen Wissens im Besitz gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse. Die muß er sich von denen holen, die forschen.

Noch eines: Es gab die beleidigende Praxis, der sich verschiedene Genossen der alten Führung schuldig gemacht haben, Gesellschaftswissenschaftler danach zu be- und verurteilen, was die Westpresse von ihnen zitiert oder über sie geschrieben hat. Sie wurden oft als Zulieferer des Klassengegners verdächtigt. Es besteht aller Grund, sich dafür zu entschuldigen.

Einige Bemerkungen zur Wissenschaftspolitik. Was heißt, der Wissenschaft einen höheren, den ihr gebührenden Rang in der Gesellschaft einräumen? Ich habe dazu natürlich nur erste Überlegungen.

Wir müssen auf den Rat der Wissenschaftler hören, diesen Rat geradezu herausfordern. Partei- und Staatsorgane, die alles besser wissen, brauchen für ihre Entscheidungen natürlich diesen Rat nicht. Aus dieser Sicht stört die Wissenschaft mit ihren Analysen und Vorschlägen die Pra-